

Ralph Rotte

Das iranische Atomprogramm und der drohende Krieg im Nahen Osten

In der Krise um das iranische Atomprogramm ergibt sich für den Betrachter zurzeit ein höchst widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite entsteht der Eindruck, dass eine friedliche Lösung des Konflikts noch immer möglich ist. Hierfür ist vor allem der neue diplomatische Stil der US-Administration unter Barack Obama verantwortlich, der dem Iran unter Umgehung einer strikten Auslegung der Sicherheitsratsresolutionen 1737 (2006), 1747 (2007), 1803 (2008) und 1835 (2008) (welche klar die sofortige Einstellung der Urananreicherung und eine uneingeschränkte Kooperation mit der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA fordern) direkte Verhandlungen ohne Voraussetzungen angeboten hat. Darüber hinaus gibt es auch scheinbare Anzeichen einer Aufweichung der harten iranischen Haltung, die sich beispielsweise in Andeutungen Außenminister Motakkis niederschlagen, wonach der Iran sich möglicherweise mit einer *nuclear surge capacity*, das heißt der Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen, ohne sie tatsächlich unmittelbar herzustellen, begnügen könnte (*Spiegel online international*, 30. April 2009).

Auf der anderen Seite verschärft sich die Lage zusehends. So hat ein Bericht des Auswärtigen Ausschusses des US-Senats vom Mai 2009 auf das augenscheinlich sehr hohe Tempo des Atomprogramms hingewiesen, dessen Fortschritte von den

US-Geheimdiensten klar unterschätzt würden (*Washington Post*, 6. Mai 2009). Hierzu passt auch die im Februar 2009 demonstrierte technologische Kompetenz des Iran mit dem erfolgreichen Start eines Satelliten und dem Testlauf des Reaktors in Bushehr. Gleichzeitig wird der Ton zwischen Israel und dem Iran immer schärfer: Während Benjamin Netanjahu mit einer klaren sicherheitspolitischen Agenda unter Betonung der iranischen Bedrohung, die es mit allen Mitteln auszuschalten gelte, die Knesseth-Wahlen gewonnen hat, drohte beispielsweise der designierte Chef der iranischen Revolutionsgarden, General Jaafari, mit zehnmal härteren Gegenschlägen als Antwort auf einen israelischen Angriff (*Spiegel online international*, 30. April 2009). Generalstabschef Sahili äußerte sich sogar dahingehend, dass der Iran keine elf Tage benötigen würde, um Israel im Fall des Falles „auszulöschen“ (*n-tv*, 7. Mai 2009). Präsident Ahmadinedschads Auftritt bei der UN-Antirassismuskonferenz in Genf Mitte April 2009 hat zudem deutlich gemacht, dass die iranische Führung keineswegs von ihrer antizionistischen und antisemitischen Weltsicht Abstand genommen hat.

Vor diesem Hintergrund soll im Folgenden darauf hingewiesen werden, dass trotz der – nicht zuletzt in der deutschen Öffentlichkeit – teilweise deutlich überzogenen Hoffnungen in Präsident Obama und der Dominanz der Wirtschafts- und Finanzkrise in den Medien im Nahen Osten tatsächlich die Gefahr eines neuen

Krieges mit deutlichen Auswirkungen auf Europa und den Rest der Welt immer größer wird und mittlerweile ein nahezu kritisches Ausmaß angenommen hat.

Fundamentale Entschlossenheit Israels

Denn Israel kann einen nuklear gerüsteten Iran auf keinen Fall akzeptieren. Dabei ist den israelischen Entscheidungsträgern spätestens seit Ende 2007 klar, eine etwaige militärische Aktion gegen das iranische Atomprogramm ohne aktive Unterstützung der Vereinigten Staaten durchführen zu müssen. Damals machten die US-Regierung und politische Berater unmissverständlich darauf aufmerksam, dass die Bush-junior-Administration angesichts der prekären strategischen Situation im Irak keinen Militärschlag gegen den Iran führen werde und man von einem demokratischen Nachfolger – aus heutiger Sicht wohl zu Recht – nicht das Rückgrat für einen Angriff, sondern einen neuen diplomatischen Dialog mit dem Iran erwarte. Stattdessen wurde Israel von den USA praktisch geraten, „to get used to living with a nuclear Iran, which will look less menacing if there is an American embassy there“ (*Haaretz*, 15. November 2007). Letztlich war diese Haltung der USA bereits 2006 klar geworden, als die US-Regierung auf die Linie der EU einschwenkte, den Iran mit wirtschaftlichen und diplomatischen Versprechungen zu einer Aufgabe des Atomprogramms zu bewegen.

Israel hat verschiedene deutliche Signale gegeben, dass man im Zweifel durchaus willens ist, eine iranische Atombombe militärisch und auch im Alleingang zu verhindern. So haben israelische Kampfflugzeuge im September 2007 eine angebliche syrische Atomanlage zerstört, wohl nicht zuletzt als handfeste Warnung an den Iran. Im Juni 2008 hat Israel durch ein groß angelegtes Manöver mit über hundert Kampfflugzeugen der *Israel*

Defense Forces (IDF) über dem östlichen Mittelmeer seine Fähigkeit und Bereitschaft zu weitreichenden Luftangriffen demonstriert (worauf der Iran Kurz- und Mittelstreckenraketen zur Abschreckung testete). Zur Jahreswende 2008/09 sind die israelischen Streitkräfte massiv und relativ erfolgreich gegen die vom Iran unterstützte Hamas im Gaza-Streifen vorgegangen; Anfang 2009 haben sie einen gezielten Luftschlag gegen einen Waffenkonvoi für die Hamas im weit entfernten Sudan geführt.

Entscheidend für die israelische Entschlossenheit, die eigenen Sicherheitsinteressen auch in letzter Konsequenz massiv militärisch durchzusetzen, ist der noch immer bestehende, parteiübergreifende Grundkonsens, auf der Basis der Erfahrung des Holocausts und einer ganzen Serie von Kriegen gegen eine feindliche arabische Umwelt jede existentielle Bedrohung Israels kompromisslos auszuschalten. Israel wird sich entsprechend unter keinen Umständen von einem Angriff auf die iranischen Atomanlagen abhalten lassen, wenn es eine gewisse Bedrohungsschwelle überschritten sieht. Die Gaza-Intervention und der Rechtsruck bei den Wahlen vom Februar 2009 zeigen unmissverständlich, dass auch die Mehrheit der israelischen Bevölkerung jederzeit bereit bleibt, im Zweifel auch militärische Optionen zu nutzen. Gegenwärtig stellt sich die israelische Führung offenbar darauf ein, dass sich das Fenster für eine diplomatische Lösung des Atomstreits mit dem Iran spätestens Mitte 2010 schließt (*Haaretz*, 23. Februar 2009/1. März 2009). Der neue Premierminister Benjamin Netanyahu hat gleich nach seinem Amtsantritt mehrmals demonstrativ mit den Spitzen des israelischen Militärs konferiert, um sich über den Stand der Planungen für einen Angriff zu informieren.

Auch die Chance einer Entschärfung der Krise durch eine Selbstbeschränkung

des Iran auf eine *nuclear surge capacity* wäre für Israel kaum akzeptabel. Denn erstens besteht ein grundsätzliches geostrategisches Ungleichgewicht zwischen Israel und dem Iran, was dazu führt, dass selbst ein minimales iranisches Atompotenzial von wenigen Bomben oder Sprengköpfen ausreichen würde, Israel buchstäblich zu vernichten. Angesichts der faktischen Unmöglichkeit, durch geheimdienstliche Operationen oder internationale Inspektionen das Restrisiko der heimlichen Herstellung einer geringen Zahl nuklearer Sprengkörper völlig auszuschließen, ist es nachvollziehbar, dass für Israel auch eine in diesem Sinne potenzielle Atommacht Iran sicherheitspolitisch nicht tragbar erscheint. Wie Joachim Krause unterstrichen hat, kann aufgrund der strukturellen Bedingungen ein Abschreckungssystem zwischen dem Iran und Israel nach dem Muster des Kalten Krieges zwischen den USA und der UdSSR wohl nicht funktionieren.

Hinzu kommt zweitens, dass ein auch nur im Ernstfall aktivierbares iranisches Atomarsenal das fundamentale strategische Konzept einer „kumulativen Abschreckung“ gefährden würde, welches letztlich auf der langfristigen, immer wieder durch siegreiche Kriege, Gefechte und Antiterroreinsätze demonstrierten und von den potenziellen Gegnern anerkannten überwältigenden militärischen Überlegenheit Israels beruht. Wenn man davon ausgeht, dass ein Motiv für die massive Intervention im Gaza-Streifen 2008/09 das Bestreben war, diese Art der Abschreckung nach dem wenig erfolgreichen Libanon-Feldzug von 2006 wiederherzustellen, wird klar, dass die konkrete Möglichkeit einer iranischen Atombombe die strategische Garantie der Existenz und globalen Sicherheit Israels aushebeln würde und dass Israel im Kontext seiner etablierten grundlegenden sicherheitspolitischen Ausrichtung gezwungen ist, eine solche zu unterbinden.

Damit stellt sich die Frage, ob Israel zu einem erfolgversprechenden Militärschlag gegen den Iran überhaupt fähig ist.

Militärische Fähigkeiten Israels

Tatsächlich kommt man bei der Durchsicht der diesbezüglich vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen und nicht klassifizierten Informationen zu dem Schluss, dass für Israel ein erfolgreicher konventioneller Angriff auf die iranischen Atomanlagen durchaus eine sehr schwierige, aber dennoch praktikable Option ist. Die Luftwaffe der IDF ist der iranischen in jeder Hinsicht weit überlegen; sie verfügt über ausreichend moderne Kampfflugzeuge mit der notwendigen Reichweite, präzise Abstandswaffen und umfangreiche Möglichkeiten elektronischer Gegenmaßnahmen gegen die iranische Luftabwehr. Die Bestrebungen der iranischen Streitkräfte, ihre Luftabwehr insbesondere durch die Anschaffung russischer Systeme entscheidend zu stärken, sind bislang nicht weit gediehen. Der Iran hätte mithin keine Chance zu einer effektiven Abwehr eines massiven israelischen Luftschlages.

Dass ein solcher entgegen der manchmal zu findenden Behauptung, nur ein nuklearer Präventivschlag Israels könne das iranische Atomprogramm entscheidend treffen, durchaus zielführend sein könnte, ergibt sich vor allem dann, wenn man berücksichtigt, dass die IDF sicherlich nicht auf die völlige Zerstörung der Atomanlagen abzielen dürfte. Für die Beseitigung der unmittelbar wahrgenommenen Bedrohung reicht es aus israelischer Sicht völlig aus, sich auf einige ausgewählte Ziele zu konzentrieren, um das iranische Atomprogramm um Jahre zu verzögern. Dies ist auch völlig konsistent zum oben genannten Ansatz der „kumulativen Abschreckung“, die realistischerweise gerade nicht auf die endgültige Beseitigung von Bedrohungsquellen und die Vermeidung jeder Art

von militärischer Auseinandersetzung ausgerichtet ist.

Auch die Fähigkeit des Iran zu direkten militärischen Gegenmaßnahmen gegen Israel erscheint stark beschränkt. Einige Angriffe mit Mittelstreckenraketen ausgenommen, haben die iranischen Streitkräfte angesichts der israelischen Luftüberlegenheit praktisch keine Möglichkeit, israelisches Territorium zu erreichen. Die Antwort des Iran wären vielmehr Anschläge, die von Teheran unterstützte Terrororganisationen insbesondere in Israel selbst, in den besetzten Gebieten, im Irak und in Afghanistan ausführen könnten. Angesichts der bei der Bekämpfung der Hamas demonstrierten Entschlossenheit wäre die israelische Regierung aber zweifelsohne bereit, diese Konsequenzen zu tragen, ebenso wie das völlige Einfrieren des von der neuen Koalition unter Benjamin Netanjahu ohnehin ungeliebten Nahost-Friedensprozesses auf absehbare Zeit.

Selbst ohne die aktive Unterstützung der USA und vor dem Hintergrund, dass man auf israelischer Seite bei der Bekämpfung existenzieller Bedrohungen durchaus auch eigene Verluste in Kauf zu nehmen bereit ist, ist damit ein erfolgreicher israelischer Militärschlag zweifellos möglich. Hierzu passen jüngste Hinweise, dass die Vorbereitungen der IDF seit April 2009 weitgehend abgeschlossen sind und die Luftwaffe praktisch bereitsteht, die iranischen Atomanlagen anzugreifen, sobald die politische Führung dies anordnet (*The Times*, 18. April 2009).

Rationales Kalkül des Iran

Warum hält der Iran angesichts dieser Drohung eines israelischen Militärschlags, dem man trotz aller Rhetorik militärisch nur wenig entgegenzusetzen hätte, weiterhin an seinem Atomprogramm fest? Man kann durchaus argumentieren, dass das Verhalten der iranischen Führung in der Krise völlig rational ist, selbst

wenn man unterstellt, dass die angebliche Beschränkung der Nukleartechnologie auf friedliche Zwecke in keiner Weise der Wahrheit entspricht. Das theokratische Regime in Teheran sieht sich gegenwärtig massiven innenpolitischen Problemen gegenüber: einer sich kontinuierlich verschlechternden wirtschaftlichen Situation der Masse der Bevölkerung, ausgeprägter Korruption und Vetternwirtschaft in den staatlichen, vor allem auch den paramilitärischen Institutionen sowie einer wachsenden Unzufriedenheit der Jugend mit der Enge der islamistischen Gesellschaftsauffassung und ihren mangelnden Zukunftschancen. Es ist nicht zuletzt diese Unzufriedenheit, die sich in den gegenwärtigen Protesten anlässlich des vermeintlichen Wahlbetruges entlädt. In der politischen und geistlichen Führungselite des Landes herrscht ein Machtkampf zwischen strikteren und mehr oder weniger reformfreudigen konservativen Richtungen um den richtigen Weg zur Erhaltung des bestehenden politischen Systems. Angesichts dieser latenten Instabilität dient das Atomprogramm allen Parteiungen nicht zuletzt als Instrument zur Ablenkung und zur Förderung der nationalen Einheit im Sinne eines *Rally-round-the-flag*-Effekts. Die jüngsten Unruhen und die Reaktion des geistlichen Führers des Iran zeigen möglicherweise erste Risse in dieser Ablenkungsstrategie, sind aber noch kein Indiz für deren Scheitern. Weitere Gründe des Strebens nach Nukleartechnologie sind der traditionelle Führungsanspruch des Iran als regionaler Vormacht, das Selbstbild einer alten Hochkultur in einer zivilisatorischen Vorreiterposition sowie die strategische Bedrohung durch die US-amerikanische „Einkreisung“ und das israelische Atomarsenal.

Man kann sogar noch einen Schritt weiter gehen: Wenn man vor allem die Bedeutung des Atomprogramms für die Regimeerhaltung unterstreicht und

berücksichtigt, dass ein selektiver israelischer Militärschlag keineswegs existenzielle Schäden für den Iran nach sich ziehen würde, ist es durchaus möglich zu argumentieren, dass die iranische Führung gar keinen Anlass hat, einen solchen Angriff zu fürchten. Im Gegenteil würde er sogar zur nationalen Einheit beitragen und den iranischen Führungsanspruch in der islamischen Welt weiter untermauern: So wäre man einerseits seit Jahrzehnten der einzige Staat, der sich der israelischen Militärmaschinerie offen entgegenstellte und zudem einer „zionistischen Aggression“ zum Opfer gefallen wäre. Hier drängt sich durchaus die Parallele zur prägenden Wirkung des Ersten Golfkrieges 1980 bis 1988 auf, welcher maßgeblich zur innenpolitischen Konsolidierung der jungen islamischen iranischen Revolution beigetragen hat. Dass auch viele arabische Staaten einem israelischen Angriff durchaus stillschweigend etwas Positives abgewinnen könnten, da sie die Hegemonialambitionen eines nuklear gerüsteten Iran fürchten, würde wohl einer zumindest propagandistischen Solidarisierung mit dem Iran kein Abbruch tun, zumal dann, wenn das Atomprogramm wirklich empfindlich getroffen würde.

Zudem hat die iranische Führung trotz der selektiven Sanktionen durch den UN-Sicherheitsrat bislang keine große materielle Motivation, das Atomprogramm einzustellen. Offenbar sind die europäischen Staaten weiterhin an guten wirtschaftlichen Beziehungen interessiert; Russland fungiert faktisch als Kooperationspartner bei der Abschwächung des ohnehin nicht besonders massiven internationalen Drucks auf den Iran; und die neuen Offerten vonseiten der USA kann man aus iranischer Sicht durchaus als Schwäche auslegen. Man kann der iranischen Führung daher eine bislang sehr erfolgreiche rationale Verschleppungstaktik attestieren. Ein Einlenken zur Ein-

stellung des Atomprogramms macht dies sehr unwahrscheinlich.

Die Vereinigten Staaten versuchen in der Frage des iranischen Atomprogramms bislang einen politischen Spagat. Bereits seit der zweiten Amtszeit George W. Bushs ist klar, dass die USA einen Angriff auf den Iran nicht aktiv unterstützen werden.

Implizites Plazet der USA

Anfang September 2008 wurde eine klare Absage der US-Regierung an israelische Wünsche, Unterstützung für einen präemptiven Angriff zu erhalten, kolportiert (*Haaretz*, 6. September 2008). Die Vereinigten Staaten haben in ihrer gegenwärtigen Situation auch gar kein Interesse an einem neuen Nahost-Krieg. Denn zum einen wären dessen ökonomische Folgen, insbesondere über die zu erwartenden massiv steigenden Ölpreise, für die US-Wirtschaft zweifellos gravierend und würden die Wirtschaftskrise weiter verschärfen. Zum anderen bestünde eine extreme Gefährdung sowohl für die äußerst fragile Lage im Irak und in Afghanistan als auch für die dort stationierten US-Truppen durch iranische Gegenmaßnahmen und eine neuerliche Beflügelung des islamistischen Terrorismus. In diesem Sinne sind den USA durch ihre gegenwärtige ökonomische und strategische Lage in Bezug auf den Iran mehr oder weniger die Hände gebunden. Zudem könnten die Vereinigten Staaten durch die Notwendigkeit, die Straße von Hormuz durch eine starke Präsenz der *U.S. Navy* für den internationalen Tankerverkehr offen zu halten, unwillentlich schnell in direkte Konfrontationen mit iranischen Streitkräften hineingezogen werden.

Auf der anderen Seite ist auch die neue US-Regierung, die im Übrigen einen Militärschlag gegen den Iran nie explizit ausgeschlossen hat und die Nuklearproliferation zu einem der drängendsten Probleme ihrer Außenpolitik erklärt hat, dem

Partner Israel und seinen Sicherheitsinteressen verpflichtet. Sowohl im Wahlkampf als auch nach der Amtsübernahme haben Präsident Obama und Vizepräsident Biden stets ihr enges Verhältnis zu Israel betont. Anlässlich einer Rede vor der Lobby-Organisation *American Israel Public Affairs Committee* am 5. Mai 2009 unterstrich Joe Biden die grundlegende Verantwortung der USA dahingehend, dass es die amerikanische Aufgabe sei, dafür zu sorgen dass "there will always, always be a place for Jews of the world to go – and that place always must be Israel".

Für Barack Obama steht damit das Ziel im Mittelpunkt, die negativen Folgen eines Krieges im Nahen Osten für die USA zu minimieren. Da sie sich in einem ökonomischen und strategischen Dilemma befinden, ist eine direkte Beteiligung an einem Angriff auf die iranischen Atomanlagen ausgeschlossen. Mittels diplomatischer Initiativen versucht die US-Administration, die drohende Gefahr eines Krieges und seiner Folgen abzuwenden, ohne letztlich wirklich massiven Druck auf Teheran ausüben zu können, auf dessen Wohlwollen man im Irak und in Afghanistan angewiesen ist. Im Ernstfall wären die USA jedoch politisch kaum in der Lage, die Israelis von einer Militäraktion abzuhalten. Damit gilt auch für die neue US-Regierung, dass sie zwar alles versuchen wird, den Iran mit diplomatischen Mitteln dazu zu bewegen, seine Nuklearambitionen aufzugeben, bei einem Scheitern dieses Versuchs jedoch stillschweigend eine israelische Intervention akzeptieren wird. In diesem Sinne gilt auch für Präsident Obama weiterhin, was von amerikanischer Seite gegen Ende der Präsidentschaft George W. Bushs gegenüber dem Ansinnen der Israelis, bei einem Angriff auf den Iran den irakischen Luftraum zu benutzen, geäußert wurde: Man möge sich bei Bedarf an die irakische Regierung wenden

(*Haaretz*, 6. September 2008) – die bei entsprechender Passivität der dort stationierten US-Truppen als scheinbar unbeteiligten Dritten keinerlei Möglichkeit hat, den Überflug der IDF zu beeinträchtigen oder gar zu stoppen.

Stillschweigende Kapitulation der Europäer

Obwohl die Europäische Union im Rahmen der Verhandlungen des Sicherheitsrates mit dem Iran bislang den größten Anteil an angebotenen wirtschaftlichen Zugeständnissen trägt, kann man trotz der diplomatischen Bemühungen Javier Solanas und verschiedener nationaler Außenminister kaum von einer konsequenten europäischen Antiproliferationspolitik gegenüber dem Iran sprechen. Ökonomische Interessen und insbesondere die Bereitschaft, etwaige Kosten weiterer Sanktionen gegen den Iran zu tragen, verhindern bislang eine ernsthafte Erwägung zusätzlicher Schritte, um den Druck auf Teheran zu erhöhen. So würde eine Reduzierung der wirtschaftlichen Beziehungen, die über das bislang praktizierte selektive Einfrieren von Auslandskonten iranischer Entscheidungsträger und Organisationen hinausgeht, beispielsweise Milliardengeschäfte von Konzernen wie der österreichischen OMV, Siemens, Daimler-Benz oder Münchener Rück gefährden. Allein Siemens wickelte 2008 nach eigenen Angaben Geschäfte im Umfang von über 438 Millionen Euro mit dem Iran ab. 2008 hat das Handelsvolumen der Bundesrepublik mit dem Iran um über zehn Prozent auf rund vier Milliarden Euro zugenommen. Hierzu gehören auch 39 Lieferverträge über *dual-use* – (das heißt zivil wie militärisch nutzbare) Technologien, die vom Bund genehmigt wurden, der im Übrigen den Handel mit dem Iran mit Kreditgarantien von 250 Millionen Euro fördert. Im April 2009 kolportierte Gerüchte, die Bundesregie-

rung wolle diese Garantien zurückziehen, entsprachen offenbar nicht den Tatsachen (*Wall Street Journal*, 5. Februar 2009). Hier bestehen anscheinend zu große Differenzen innerhalb der Großen Koalition, insbesondere zwischen Wirtschaftsministerium, Kanzleramt und Auswärtigem Amt.

Neben den wirtschaftlichen Interessen, die einen Bruch mit dem Iran als Markt und Rohstofflieferant gerade in Zeiten einer gravierenden Finanz- und Wirtschaftskrise mit entsprechenden arbeitsmarktpolitischen und wahlaktischen Befürchtungen wenig opportun erscheinen lassen, spielt auch die generelle Uneinigkeit der europäischen Regierungen bezüglich eines etwaigen israelischen Militärschlages eine wichtige Rolle. Insbesondere die Bundesregierung scheint ihre absolute Priorität in der Ablehnung einer „Militarisierung des Denkens“ (Frank-Walter Steinmeier) und der Vermeidung eines Nahost-Krieges um fast jeden Preis zu haben. In diesem Sinne wären eine *nuclear surge capacity* des Iran und ein frágiles Abschreckungssystem zwischen Israel und dem Iran für die deutsche Diplomatie zweifellos ein gangbarer Weg des Kompromisses im iranisch-israelischen Atomstreit. Zumindest wäre dann ein typischer Formelkompromiss gefunden, welcher der Bundesregierung eine klare Positionierung über floskelhafte Bekenntnisse zur Sicherheit Israels und zum langfristigen Frieden im Nahen Osten hinaus ersparen würde. Auf der anderen Seite scheint etwa Frankreich eher bereit zu sein, im Zweifel auch militärische Aktionen Israels gegen den Iran in Kauf zu nehmen, nachdem eine iranische Nuklearrüstung mit ihren potenziellen zukünftigen Proliferations- und Eskalationsfolgen aufgrund einer anderen strategischen Ausrichtung offenbar als bedrohlicher eingeschätzt wird als in Deutschland. Im Gegensatz zu den Dro-

hungen Jacques Chiracs mit einem nuklearen Präventivschlag hat aber auch diese Position während der Präsidentschaft Nicolas Sarkozys über diplomatische Aktivitäten hinaus noch keinen wirklichen Niederschlag gefunden. Ursache hierfür ist wahrscheinlich neben wirtschaftlichen Interessen auch die abwartende Haltung der Vereinigten Staaten.

Insgesamt übertreibt man kaum, wenn man feststellt, dass die Europäer vor dem Problem des iranischen Atomprogramms faktisch kapituliert haben und nach dem Scheitern der ökonomischen Diplomatie weitgehend in die Rolle eines Zuschauers gerückt sind.

Akute Kriegsgefahr

Die gegenwärtige Konstellation in der Krise um das iranische Atomprogramm zeigt sich völlig verfahren. Für Israel ist ein Angriff auf den Iran die strategisch und existenziell notwendige Wahl des kleineren Übels. Die Weltgemeinschaft, allen voran die Europäer inklusive der Bundesrepublik, scheint nicht zuletzt aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise weder willens noch fähig, neue, robustere Versuche zur Entschärfung der Lage zu machen, insbesondere was einen weiter erhöhten Druck auf den Iran angeht. Die USA haben sich ungeachtet ihrer diplomatischen Aktivitäten letztlich weitgehend mit der Situation abgefunden und sind in erster Linie bestrebt, die negativen Konsequenzen eines israelischen Militärschlages für die Vereinigten Staaten, insbesondere im Irak, in Afghanistan und in ökonomischer Hinsicht, zu minimieren. Wenn entsprechend der bislang sehr stringent handelnde Iran nicht in buchstäblich letzter Minute doch noch einlenkt und auf seine nuklearen Ambitionen in der bisherigen Form verzichtet, scheint der nächste Krieg im Nahen Osten nur mehr eine Frage der Zeit zu sein.